

China

Zu viel Markt, zu wenig Staat

Seit Beginn der Geschichtsschreibung ist kein Land so rasch gewachsen – und hat so viele Menschen aus der Armut befreit – wie China in den letzten 30 Jahren. Markenzeichen des Erfolgs war die Bereitschaft, das Wirtschaftsmodell trotz der Gegnerschaft mächtiger Partikularinteressen zur richtigen Zeit und bei Bedarf zu korrigieren. Nun, da China eine weitere Reihe grundlegender Reformen umsetzt, stellt sich die Frage, ob sich der Widerstand dieser Interessen bereits wieder formiert.

Viele der aktuellen Probleme haben ihren Ursprung in zu viel Markt und zu wenig Staat. Oder: Der Staat greift dort ein, wo er nicht sollte, vermeidet es aber in Bereichen, wo dies erforderlich wäre. Die sich verschlimmernde Umweltverschmutzung bedroht den Lebensstandard, während die Ungleichheit bei Einkommen und Wohlstand schon Ausmasse wie in den USA annimmt. Die Korruption zieht sich durch öffentliche Institutionen und den privaten Sektor – und untergräbt das Vertrauen innerhalb der Gesellschaft in die Regierung.

Mit der Umstrukturierung von exportgeführtem Wachstum in Richtung Dienstleistungen und Privatkonsum könnten sich diese Probleme verschärfen. Die Luftqualität ist bereits jetzt lebensgefährlich. Die globale Erwärmung



Joseph E. Stiglitz
US-Nobelpreisträger
für Ökonomie

«Den Lebensstil der USA zu übernehmen, wäre für China eine Katastrophe – und für den ganzen Planeten.»

aufgrund noch höherer chinesischer CO₂-Emissionen bedroht die ganze Welt.

Es gibt eine bessere Strategie. Zunächst würde der Lebensstandard steigen, wenn man mehr Ressourcen für die Beseitigung der enormen Mängel in der Gesundheitsversorgung und im Bildungssystem aufwendete. In diesem Bereich sollte der Staat eine führende Rolle spielen. Amerikas privat getragenes Gesundheitssystem ist kostspielig, ineffizient und erbringt viel schlechtere Ergebnisse als entsprechende Systeme in Europa. Ein stärker marktbasiertes System ist nicht der Weg, den China beschreiten sollte. In den letzten Jahren hat die Regierung wichtige Schritte für die Bereitstellung einer Gesundheitsversorgung unternommen und manche verglichen Chinas Ansatz mit dem System in Grossbritannien, wo private Leistungen auf einer öffentlich finanzierten Grundleistung aufbauen.

Eine weitere Umstrukturierung findet statt: Die Urbanisierung. Um sicherzustellen, dass die Städte lebenswert und ökologisch nachhaltig bleiben, sind staatliche Massnahmen erforderlich, damit Verkehrsmittel, Schulen, Krankenhäuser, Parks und effektive Bebauungspläne bereitgestellt werden können.

Eine wichtige Lehre aus der weltweiten Wirtschaftskrise nach 2008 war, dass sich die

Märkte nicht selbst regulieren. Sie sind anfällig für Vermögenspreis- und Kreditblasen, die unweigerlich platzen – oftmals bei abruptem Umkehr grenzüberschreitender Kapitalströme – und massive soziale Kosten verursachen.

Umweltprobleme und Ungleichheit mit neuen Steuern lösen

Man hofft, dass China nicht Amerikas Weg einschlägt. Die Herausforderung für die chinesische Führung besteht darin, wirksame Regulierungsregime zu konzipieren. Dazu ist es erforderlich, dass die Regierung mehr Geld beschafft. Die Behörden sollten ihre Einnahmen durch Einführung von Umweltsteuern, einer umfassenderen Einkommenssteuer und einer Vermögenssteuer erhöhen. Die Frage lautet also: Kann China das rasche Wachstum auch dann aufrechterhalten, wenn man die Kreditexpansion eindämmt, wenn man sich der schwachen globalen Nachfrage entgegenstellt, die Wirtschaft umstrukturiert und die Korruption bekämpft? Die Ökonomie des Erfolgs ist klar: Durch Steuererhöhungen finanzierte höhere Ausgaben für Urbanisierung, Gesundheit und Bildung könnten gleichzeitig das Wachstum erhalten, die Umweltsituation verbessern und die Ungleichheit verringern.

Subventionen Ganz viele Fragen stellen

Ein Budget machen heisst: Entweder man zählt die vorhandenen Mittel und beschliesst die Ausgaben aufgrund der bestehenden Möglichkeiten. Oder als zweite Möglichkeit erfasst man die vorhandenen und die in der Zukunft erwarteten Mittel und entscheidet dann, was man jetzt schon ausgeben will. Oder die dritte Möglichkeit: Jeder sagt, wie viel Geld er benötigt und am Schluss ergibt die Summe das Budget.

Jede dieser Budgetmethoden hat ihre Vor- und Nachteile und wir alle arbeiten, je nach Branche, Sicherheitsbedürfnis und Mut oder Waghalsigkeit, mit dem einen oder anderen System. Die solide Variante eins ist nicht mehr sehr verbreitet. Deren Vertreter gelten als «hinterwäldlerisch, konservativ». Die Variante zwei ist im privaten und geschäftlichen Bereich üblich. Deren Vertreter gelten als «dynamisch, vorwärtsgerichtet». Die Variante drei könnte man als einfach, aber naiv bezeichnen. Sie ist der Politik vorbehalten.

Bei jedem Subventionsgesuch muss die Gesamtschau im Fokus stehen

Wenn in Bundesbern über Geld und vor allem über Subventionen diskutiert wird, erinnert dies an die «la ola» im Sportstadion: Die Lobbyisten und Sympathisanten erheben sich von ihren Stühlen, um nach wildem Gestikulieren gewonnener Abstimmung wieder zufrieden abzusetzen. Je nach Anliegen beginnt «la ola» einmal ganz links oder einmal ganz rechts. Tatsache ist, dass es immer nur um den einen Betrag geht. Nie um das ganze Budget. So wird einmal der Landwirtschaft Geld zugesprochen,



«Es ist an der Zeit, Prioritäten zu setzen.»

Petra Gössi
Nationalrätin FDP, Kanton Schwyz

einmal den Rattrac-Fahrern, einmal den Familien, einmal dem Cern, einmal dem Lärmschutz und so weiter.

Es gibt, ernsthaft, für jede dieser Subventionen gewichtige Begründungen. Nur: Sie werden nicht im Kontext des ganzen Budgets gewichtet. Wir gönnen jedem der Subventionsempfänger den Beitrag, den er bekommt. Schliesslich sind das auch Steuerzahler, die so einen Teil ihrer Steuern zurückerhalten. Und wer weiss, vielleicht kommen wir ja auch das eine oder andere Mal in den Genuss von Subventionen, wenn der Bund unser Lieblingsmuseum unterstützt, oder den Zivildienst oder die fliegerische Vorschulung (ich würde gerne eine Einladung für einen Flug mit einem Militärjet annehmen, ob mit dem zukunftsorientierten Gripen oder dem älteren F/A-18).

Alle paar Jahre einmal hat der Bund die Aufgabe, sämtliche Subventionen in einem Gesamtbericht zu präsentieren. All jene Zahlungen also, mit denen er irgendeine Organisation, irgendeinen Bereich oder irgendeine Personengruppe unterstützt. Aus Idealismus, aus Gründen der Strukturhaltung, aus staatspolitischen oder weltanschaulichen Überlegungen.

Klar ist das ein Aufwand. Es geht schliesslich um mehr als die Hälfte des gesamten Bundes-

budgets! Aber das ist noch lange kein Grund, darauf zu verzichten. Im Gegenteil. Genau die Gesamtschau ist es, die bei jedem Subventionsgesuch im Fokus sein müsste. Erst wenn dieses Patchwork mit all seinen grünen, roten, blauen und schwarzen Einzelteilen als Ganzes vor uns liegt, wird seine Dimension erkennbar. Sich alle sechs Jahre darüber Rechenschaft zu geben, wohin über die Hälfte des Bundesbudgets fliesst, ist nicht übertrieben!

Welche Ausgaben sind Pflicht? Und welche sind nur mehr Kür?

Es hat seinen Reiz, die Entwicklung der Zahlen zu verfolgen. Wenn man pro Woche 100 Gramm zunimmt, ist das nicht auffallend. Wenn man nach einem Jahr feststellt, dass die langsame und unmerkliche Ausdehnung zu einem Plus von 5,2 Kilo geworden ist, ist das bemerkenswert. Wenn man nach sechs Jahren feststellt, dass man über 31 Kilo zugelegt hat, sollte man sich Gedanken machen. Die Bundessubventionen haben sich in den letzten 14 Jahren beinahe verdoppelt. Hoppla! Wahrlich keine Leistung, auf die wir stolz sein können. Wir, das sind wir Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber sind das wir Parlamentarier. Es ist in

erster Linie das Parlament, das immer wieder Subventionen bewilligt.

Es ist an der Zeit, dass wieder ein Bericht über die gesamten Subventionen erstellt wird. Es ist an der Zeit, dass sich das Parlament wieder einmal die Gesamtkosten ansieht und mit grossem Erstaunen zur Kenntnis nimmt, dass viele dieser Subventionen in Bereiche fliesen, von denen man nicht einmal ein Ahnung hat, dass sie existieren.

Es ist an der Zeit, sich zu fragen, wieso die Subventionen derart angestiegen sind. Es ist an der Zeit, wieder einmal darüber nachzudenken, welche von diesen Aufgaben und Ausgaben Pflicht und welche Kür sind. In der Landwirtschaft genau so wie in der Armee, der Kultur, der Bildung und Forschung und der Sozialen Wohlfahrt. Es ist an der Zeit, Prioritäten zu setzen. Es ist an der Zeit, den Deckel festzulegen, der nicht überschritten werden darf. Ein Gesamtbudget von 36 Milliarden Franken hat genug Masse, damit das ohne echten Verlust möglich wird. Am Budget kanns nicht liegen.

Müsste man nicht noch einen Schritt weitergehen und einmal überprüfen, ob wir mit diesen Subventionen tatsächlich helfen? In wie vielen Fällen erhalten wir damit Strukturen, die gar nicht lebensfähig sind und es auch nie werden, die aber gleichzeitig für die Entwicklung der Schweiz gar nicht nötig sind? In wie vielen Fällen kämen wir bei genauer Betrachtung zum Schluss, dass wir hier etwas unterstützen, das zwar einen nostalgischen Wert hat, weil es einmal wichtig war, heute aber bedeutungslos ist?

Der Subventionsbericht gibt den Parlamentarierinnen und Parlamentariern die Gelegenheit, viele Fragen zu stellen. Auch kluge. Das sollten wir nutzen.

DIALOG



HZ Nr. 15 10.4.2014
«Meinungsbeitrag Thinktank foraus»
Der Thinktank foraus schreibt aufgrund der Vox-Analyse zum 9. Februar, die Schweiz möge die Globalisierung nicht. Der wissenschaftlich erhobene Globalisierungsindex der ETH Zürich weist das Gegenteil nach: Die Schweizer mögen die Globalisierung in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dimension mehr als die meisten andern Länder der

gesamten Welt. Sie mögen es aber ganz offensichtlich nicht, wenn ihnen die EU einseitig vorschreiben will, was genau sie zu mögen haben. Und zur Erhaltung genau dieser Souveränität lassen sie sich nicht mit Kündigungsdrohungen abspeisen! – Das sollte man endlich ernst nehmen – und nicht nochmals mit den alten Argumenten auf-fahren.
Hermann Dür

HZ Nr. 15 10.4.2014
«BuddyBroker-Porträt»
Personalsuche lässt sich nicht bis ins letzte Detail automatisieren und verein-

fachen und wer bei der Personalsuche Aufwand scheut, hat ohnehin meist schon im Voraus verloren. Die wirklich guten Leute findet man nun mal nicht wie Sand am Meer, nicht in verstaubten CV-Datenbanken und auch nicht in den Karteien von Personalvermittlern. Aus meiner Sicht wird der Stellenwert der Personalrekrutierung noch immer meist verkannt und in diesen Bereich vonseiten der Arbeitgeber zu wenig oder zu unüberlegt investiert.
Alessandro Z. Rickenbacher



HZ Nr. 15 10.4.2014
«EU sucht das Gespräch mit der Schweiz»
Hiess es nicht, dass die Schweiz auf den Knien zur EU kommen würde?!

HZ Nr. 15 10.4.2014
«Bund schüttet 36 Milliarden Subventionen aus»
Da wird mir schlecht. Bis zum Schluss lesen ...
Andri Silberschmidt
@andrisilbi_

HZ Nr. 15 10.4.2014
«Glencore zahlt keine Gewinnsteuern»
Warum überrascht mich das nicht? MT @pascal_ihle: #Glencore zahlt wieder keine Gewinnsteuern.
Oliver Classen
@Oliver_Classen

Das «Business Software» Special der Handelszeitung am 30.04. empfehle ich übrigens #sneakpreview
Philip Buehler
@ekston



HZ Nr. 15 10.4.2014
«Der Traum vom Silicon Valley in der Schweiz»
Ja, es braucht eine andere Geisteshaltung und mehr Mut zur Lücke, mehr Fehlertoleranz und Unterstützung von unternehmerischem Wagemut. Das berühmte «Outside the box»-Denken darf eben nicht nur ein Lippenbekenntnis sein. Querdenker braucht das Land!
Alfons Tittler

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:
E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch
Twitter: twitter.com/handelszeitung
Facebook: facebook.com/handelszeitung
Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel